

Berlin, 05. Mai 2017

E-Mail: [REDACTED]

[REDACTED]  
Senatorin für Bildung, Jugend und Wissenschaft  
Frau Sandra Scheeres  
Bernhard Weiß Str. 6  
10178 Berlin Mitte

### **Offener Brief an Senatorin Sandra Scheeres zum Mobbingfall an der Gemeinschaftsschule Grüner Campus Malchow**

Sehr geehrte Frau Senatorin Scheeres,

es ist mehr als ein Jahr vergangen, seit die an der Gemeinschaftsschule Grüner Campus Malchow in Hohenschönhausen durch den Schulleiter Tobias Barthl ausgelösten Konflikte und das Mobbing gegen unseren Sohn ein Ende gefunden haben. Das daraus resultierte Ergebnis ist aus unserer Sicht allerdings keineswegs zufriedenstellend.

Zum Hintergrund: Der Schulleiter versendete im Februar des letzten Jahres per E-Mailverteiler an mehr als 1300 Eltern Informationen zu einer NPD-Demonstration und leitete zudem Werbe- und Informationsmaterialien zur Unterstützung der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands weiter und erntete von Eltern einen entsprechenden Protest. Der Tagesspiegel („Rektor hängt NPD-Flugblatt an Elternmail“ vom 1. März 2016) und die TAZ („Im Anhang NPD-Beitritt“ vom 2. März 2016) berichteten darüber.

Aufgrund des Fehlverhaltens der Schulleitung und des Lehrpersonals blieb uns, zum Schutz unseres Kindes, nichts anderes übrig, als die Schule zu verlassen. Dass Gewalt, Mobbing und Ausgrenzungen von einer öffentlichen Berliner Schule geduldet und gefördert werden, ist eine schockierende Feststellung, die auch nach mehr als einem Jahr schwerlich zu akzeptieren ist.

Aus diesem Grunde haben wir bereits am **30. April 2016** Herrn Wüstenberg von der Schulaufsicht in Lichtenberg eine Dokumentation der Vorfälle zukommen lassen und nachgefragt, welche Maßnahmen ergriffen wurden, um unseren Sohn vor den Übergriffen zu schützen und welche Konsequenzen aus der Mobbing- und Ausgrenzungskampagne gezogen wurden. Bisher haben wir leider keine Antwort erhalten und es entsteht bei uns der Eindruck, dass der Sachverhalt bewusst ignoriert wird oder wurde. Ein solches Verhalten würde aus unserer Sicht das falsche Signal setzen.

Am 18. Januar 2017 erfuhren wir durch einen Artikel in der Berliner Morgenpost, dass Sie die Mittel für Prävention, Anti-Gewalt sowie Anti-Mobbing-Trainings und die schulische Mediation intensiviert haben und im April dieses Jahres lasen wir Ihre Stellungnahmen zu den antisemitischen Angriffen und Beleidigungen gegen einen jüdischen Jungen in Friedenau und dass Sie keinerlei Diskriminierung hinnehmen und jedem Einzelfall nachgehen werden.

In unserem Fall ist leider trotz einer hinreichenden Dokumentation der Vorfälle, der Anrufung der Schulaufsicht ein erschreckendes Resümee zu ziehen und von den Programmen gegen Gewalt und dem staatlichen Engagement wenig zu spüren. Die Opfer von Gewalt müssen ausweichen und sich einen anderen Schulplatz suchen, müssen mit den aus den Attacken resultierenden Schäden und mit den psychischen Belastungen zurechtkommen. Die Schulleitung, das Lehrpersonal, Eltern und Schüler erhalten das Signal, dass Gewalt und Ausgrenzung auch von der Schulaufsicht und der Senatsverwaltung geduldet werden und die Präventionsprogramme die Opfer leider nicht erreichen.

Sehr geehrte Frau Scheeres, wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns unsere noch offenen Fragen beantworten könnten.

Wir möchten erfahren, welche Maßnahmen die Schulaufsicht in Lichtenberg und die Senatsverwaltung konkret in unserem Fall ergriffen hat, um die Attacken und Beleidigungen gegen unseren Sohn abzuwenden und welche Konsequenzen die Schulaufsicht Lichtenberg und die Senatsverwaltung für das forcierte ausgrenzende Verhalten der Schulleitung gezogen hat. Sehr wichtig ist es uns zu erfahren, wie Kinder zukünftig vor solchen Übergriffen und vor allem vor institutioneller Gewalt geschützt werden können.

Für eine Antwort wären wir Ihnen sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Mantey

### **Anlagen**

- Mobbing, Ausgrenzung und undemokratische Verhältnisse an der Gemeinschaftsschule „Grüner Campus Malchow (Brief an die Schulaufsicht Lichtenberg)
- AW Protestmail Mobbing und Verleumdung
- Das Klärungsgespräch vom 17. März 2016
- Protestmail Mobbing und Verleumdung
- Stellungnahme zur GEV vom 10. März 2016
- Verdacht auf Protokollfälschung der GEV-Versammlung vom 10. März 2016
- Vorbereitung zur Protokollfälschung der GEV-Versammlung